

Plenarprotokoll

40. Plenartagung

111. Sitzung

Mittwoch, 17. Februar 2016

Gemeinsame Beratung

a)

Ablehnung Asylpaket II 9261

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 18/3836

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3800/drucksache-18-3836.pdf>

b)

Verantwortung wahrnehmen - Asylpakete I und II unterstützen und umsetzen

..... 9261

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 18/3837

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3800/drucksache-18-3837.pdf>

Angelika Beer [PIRATEN] 9261

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor der größten **humanitären Herausforderung** seit Jahrzehnten. Und: Wenn die Bemühungen der letzten Tage, einen Waffenstillstand und humanitäre Hilfe für die Menschen in Syrien durchzusetzen, scheitern sollten, dann wird diese Herausforderung noch wachsen.

Wie sollte verantwortungsvolle, demokratische Politik darauf reagieren? Vielleicht so, wie es uns viele Ehrenamtliche, Bürgerinitiativen und Kommunen landauf, landab vormachen: unaufgeregt, besonnen, überaus hilfsbereit, vollkommen uneigennützig - und natürlich verantwortungsvoll.

Doch was passiert in der Realität? Diejenigen, die im Bund und im Land in der Verantwortung stehen, einen tragfähigen **gesellschaftlichen Konsens** für die nächsten Jahrzehnte zu erreichen, um nicht nur das Überleben der Flüchtlinge, sondern auch deren Integration zu gewährleisten, leisten sich verbale Schlammschlachten. Sie richten den Schwerpunkt ihrer Aktivität darauf, das Grundrecht auf Asyl noch weiter auszuhöhlen.

Das hat zumindest drei schwerwiegende Folgen:

Erstens. Die Menschen in unserem Land, die sich engagieren und die helfen wollen, werden verunsichert.

Zweitens. Die Flüchtlinge aus Krisen- und Kriegsgebieten, die nichts anderes tun als zu versuchen, ihr Leben zu retten, werden durch immer neue Zäune und Mauern in und um Europa herum auf immer gefährlichere Fluchtwege getrieben.

Drittens. Der von fast allen politischen Parteien immer lauter werdende Ruf nach Gesetzesverschärfungen, Sanktionen, Abschiebungen und vielem mehr ist Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten und Rechtsextremisten.

Wir PIRATEN wollen und werden uns an diesem unwürdigen Kanon der Stimmungsmache gegen Flüchtlinge nicht beteiligen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor wenigen Wochen haben wir hier in diesem Haus darüber debattiert, welche Maßnahmen wir treffen können, um eine Willkommens- und Bleiberechtskultur zu gestalten. Wir PIRATEN haben schon damals davor gewarnt, dass unsere Landesregierung, nachdem sie bereits bei dem **Asylpaket I** Grundsätze unserer gemeinsamen humanitären Politik über Bord geworfen hat, möglicherweise auch den Rest an Solidarität aufkündigt. Genau dies droht nun zu passieren, obwohl Menschenrechtsorganisationen, der Flüchtlingsrat, Pro Asyl, das Deutsche Institut für Menschenrechte und viele andere an Landesregierung, Landtagsabgeordnete und Bundestagsabgeordnete appelliert haben, dem **Asylpaket II** und dem Gesetzentwurf zu den „sicheren Maghreb-Staaten“ nicht zuzustimmen.

Dennoch konnten wir am 30. Januar 2016 der Presse entnehmen, dass Sie, Herr Ministerpräsident Albig, einer erneuten Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsländer im Bundesrat zustimmen möchten. Fast zeitgleich, auf dem Kleinen Parteitag der schleswig-holsteinischen Grünen, wurde beschlossen, dass das Asylpaket II nicht mitgetragen wird. Der Beschluss der Landes-Grünen führt so starke Argumente gegen das Asylpaket II auf, dass wir ihn fast wörtlich als Begründung für unseren heutigen Antrag „Ablehnung Asylpaket II“ übernommen haben.

Dies war insbesondere deswegen angezeigt, weil der stellvertretende Ministerpräsident, Dr. Robert Habeck, sich in ersten öffentlichen Stellungnahmen zum Asylpaket II vollkommen unklar äußerte. Liebe Kollegen und Kolleginnen, man nennt das auch „Herumgeeiere“, um sich alle Optionen für eine Regierungsbeteiligung nach der nächsten Bundestagswahl offenzuhalten.

Verehrte Kollegen, da möchte mensch schon meinen, erleichtert sein zu können, wenn man am vergangenen Sonntag Luise Amtsberg, grüne Bundestagsabgeordnete, im Radio hörte, die zutreffend feststellte, dass das Asylpaket II innovationsfeindlich sei und dass für den Fall, dass eine Mehrheit des Bundesrates -

mit dem grünen Ministerpräsidenten Kretschmann - für die Ausweitung der Regelung zu den sicheren Herkunftsländern auf die Maghreb-Staaten stimme, zu überlegen sei, wegen Verstoßes gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts Klage zu erheben. Wir können Luise Amtsberg nur zustimmen und hoffen, dass die Mehrheit der grünen Partei ihren Kurs mitträgt.

Zweifel daran sind allerdings berechtigt. Im aktuellen „Spiegel“ meldet sich der grüne Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer mit der Aussage zu Wort, um mehr Menschen als bisher abzuweisen, müssten die EU-Außengrenzen durch einen Zaun und durch bewaffnete Grenzer gesichert werden. An die Gegner einer solchen, wirklich unverantwortlichen Verschärfung der Flüchtlingspolitik richtete er die Worte - ich zitiere -, es seien „nicht die Zeiten für Pippi-Longstrumpf- oder Ponyhof-Politik.“

Palmer? Petry? - Das hat sich ja nicht einmal Seehofer getraut! Nicht einmal er hat diesen Positionswechsel zustande gebracht, obwohl er dauernd versucht, die Koalition in Berlin zu spalten. Ja, liebe Grüne, ich weiß: Sie hören das nicht gern. Ich verstehe auch die Unruhe.

Aber die Angriffe von Seehofer auf die Kanzlerin und seine Äußerungen zum Unrechtsstaat ordne ich einer unerträglichen, aber durchaus bekannten Rhetorik der CSU zu, die schon immer, in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart, versucht, den rechten Rand in Bayern in die eigene Partei einzubinden. Dass sich grüne Spitzenpolitiker einer solchen Sprache bedienen, ist nicht nur neu, sondern auch Verrat an dem Gründungsgedanken der Grünen.

Aber zurück nach Schleswig-Holstein! Herr Albig, Sie wollen also am liebsten zustimmen? Wissen Sie, was die Aussetzung des Familiennachzugs und die Einführung der Einzelfallprüfung schon jetzt zur Folge haben? Seit Mai 2015 sind in Schleswig-Holstein 267 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge verschwunden. Die meisten von ihnen sind aus Syrien, Afghanistan und Eritrea zu uns gekommen. Sie bleiben nicht in Schleswig-Holstein, nicht in Deutschland; denn der Familiennachzug bleibt auch nach dem Kompromiss zum Asylpaket II - der ein Kompromiss nur zur Gesichtswahrung von Gabriel ist, der es in der entscheidenden Sitzung im Kanzleramt selbst verbockt hat - für unbegleitete Jugendliche mit subsidiärem Schutz eingeschränkt. Ausnahmen gibt es nur nach einer Einzelfallprüfung, und das in einer Zeit, in der das BAMF bei der Bearbeitung der Asylanträge immer noch kein Licht am Ende des Tunnels sieht. Ist das Ihre humanitäre Willkommenskultur? Ihre Zustimmung zum Asylpaket II wird möglicherweise dazu führen, dass noch mehr **unbegleitete Jugendliche** einfach verschwinden.

Herr Ministerpräsident, ich rate Ihnen dringend: Folgen Sie Ihrer Sozialministerin Kristin Alheit. Gegenüber „dpa“ sagte sie am 14. Februar 2016, dass sie eine Einschränkung des Familiennachzugs bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ablehne. Als Familienministerin könne sie grundsätzlich nicht befürworten, dass Familien aus Bürgerkriegsgebieten auseinandergerissen werden.

Frau Ministerin Alheit, wir PIRATEN stimmen Ihnen in diesem Punkt uneingeschränkt zu.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen, als Sie der ersten Asylrechtsverschärfung, dem Paket I, zustimmten - und damit auch den verschärften Bedingungen für Abschiebungen, nämlich ohne Vorankündigung in einer Nacht- und Nebel-Aktion -, versprachen Sie noch, Abschiebungen in Schleswig-Holstein würden nur in Würde stattfinden. Sie haben es schön geredet. Wir wissen heute, wie die Praxis aussieht.

Am 12. Februar 2016 titelten die „Kieler Nachrichten“: „Familie taucht plötzlich unter“. Konkret ging es um die gescheiterte Abschiebung einer sechsköpfigen syrischen Familie nach Bulgarien, obwohl das Verwaltungsgericht im Saarland Anfang Februar 2016 Abschiebungen sowohl nach Bulgarien als auch nach Ungarn untersagt hatte, weil dort menschenunwürdige Zustände herrschten. Aber wir in Schleswig-Holstein ignorieren das einfach. Insgesamt zwölf Polizeibeamte wurden eingesetzt, auch Mitarbeiter der Kreisverwaltung. Es war ein 96-stündiger Einsatz - vergebens! Denn die Familie konnte, nachdem sie nach Boostedt gebracht worden war, eine andere Obhut finden; das hoffe ich jedenfalls.

Wir machen uns Sorgen um diese Familie und um mögliche andere Familien. Vielleicht sind es Einzelfälle. Aber jeder einzelne Mensch ist ein Schicksal und braucht unsere Solidarität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen - ich spreche insbesondere den Kollegen Neve von der CDU an -, ich kann Ihre Äußerung zu dem Vorfall, es gehe um den Rechtsstaat und nicht um Sympathie, nur mit absolutem Unverständnis quittieren.

Sie sagten ferner, das Land habe es nicht geschafft, die Syrer am Untertauchen zu hindern, weil Boostedt seine Türen weit offen lasse. Was wollen Sie denn? Wollen Sie alle kasernierten Flüchtlinge einsperren? Vielleicht wollen Sie sogar Polizeischutz beantragen, damit sich diese nicht bewegen können? Ist es Ihre Art, die Flüchtlinge mit Mauern einzuzäunen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehen auf den Antrag der CDU nicht ein. Er ist konträr zu unserem; es ist klar, dass wir ihn ablehnen. Wir beantragen eine Abstimmung in der Sache und sind gespannt, ob die Grünen im Sinne ihres Parteitagsbeschlusses hier beschließen oder sich - à la Palmer - dagegen richten.

Ich appelliere an alle, gerade im Hinblick auf die Kanzlererklärung heute Nachmittag und den EU-Gipfel morgen: Folgen Sie nicht weiter dem Irrglauben der AfD und anderen Stimmen abjagen zu können, indem Sie das Grundrecht auf Asyl immer weiter schleifen.

Die Mitverantwortung für die Zukunft der Flüchtlinge, für ihr Leben oder für ihren Tod, muss ein jeder mittragen, der versucht, Grenzen aufzubauen, die nicht mehr zu überwinden sind.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Ich danke Ihnen für Ihre - zum Teil auch widerwillige - Aufmerksamkeit.

Beschluss:

Überweisung der Anträge Drucksachen 18/3636 und 18/3837 an den Innen- und Rechtsausschuss 9285

Es ist beantragt worden, die Anträge in den Drucksachen 18/3836 und 18/3837 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will - -

(Wortmeldung Angelika Beer [PIRATEN])

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?

- Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der PIRATEN von allen anderen Fraktionen so überwiesen worden. - Danke schön.

Zweites Asylpaket unter den Fraktionen im Kieler Landtag umstritten

Das geplante Asylpaket II stößt im Landtag überwiegend auf Ablehnung. „Es ist verbesserungsfähig und korrekturbedürftig“, sagte Innenminister Stefan Studt (SPD) in einer von den Piraten angestoßenen Debatte und erhielt dafür den Applaus von SPD, Grünen, SSW und Piraten. Die CDU begrüßt dagegen die Einigung der Großen Koalition in Berlin. Auch für die FDP geht das Paket trotz einiger Kritik in die richtige Richtung.

Angelika Beer, deren Piraten-Fraktion zur konsequenten Ablehnung des Asylpakets aufruft, nannte die Pläne zum Familiennachzug „menschenunwürdig“. Zudem lehnte sie eine Eigenbeteiligung der Flüchtlinge für die Teilnahme an Integrationskursen sowie Einschnitte beim Abschiebeschutz konsequent ab.

Unterstützung erhielt sie von Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben.

Das Thema wird nun im Innen- und Rechtsausschuss weiter beraten.

http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/40/debatten/20_21.html